

Zum Besuch des Bundestags-Petitionsausschusses in Ramstein – offenes Ohr für Fluglärm-Terrorisierte?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 002/05 – 15.01.05**



Bildmontage mit Foto
einer C-17 Globemaster

Offenes Ohr für Fluglärm-Terrorisierte?

Fundsache

Noam Chomsky: The Attack, Europa Verlag, Hamburg, September 2002, S. 88

"Die Mitglieder des Bündnisses sollen die Sache der USA stillschweigend und gehorsam unterstützen, ohne gleichberechtigte Partner zu sein. Das Recht auf eigenständiges Handeln bleibt den Vereinigten Staaten vorbehalten, die es im Übrigen sorgsam vermeiden, sich, wie es das Völkerrecht erfordert, an internationale Institutionen zu wenden. ... Die Regierungen der anderen Staaten werden, wie üblich, das Spiel mitspielen und haben dafür ihre jeweils eigenen Gründe. ..."

Noam Chomsky, geb. 1928, ist seit 1961 Professor am Massachusetts Institute of Technology und Autor mehrerer Bestseller über Linguistik, Philosophie und Politik.

Zum Besuch des Bundestags-Petitionsausschusses in Ramstein

Weil die Kunde von der wachsenden Wut in der fluglärmgeplagten Westpfalz endlich auch nach Berlin vorgedrungen zu sein scheint, haben sich zwei Jahre nach Eingang der ersten auf den Air Base-Ausbau bezogenen Schreiben zwei Damen und drei Herren des Petitionsausschusses aus vier im Bundestag vertretenen Parteien auf den Weg ins Ramsteiner Bürgerhaus gemacht, um sich die Kritik der Petenten an dem Genehmigungsbescheid der Wehrbereichsverwaltung West anzuhören.

Leider fanden sie während ihres Kurzbesuches nicht die Zeit, auf der Air Base Ramstein selbst die verheerenden Auswirkungen anzuschauen, die sich seit Baubeginn dort unübersehbar abzeichnen. Auch den Fluglärm konnten sie nicht „live“ erleben, weil just an diesem Tag kaum Flugzeuge flogen.

Herr Laves, CDU-Bürgermeister der Verbandsgemeinde Ramstein-Miesenbach, bisher eher als lautstarker Verfechter des Flugplatzausbaues hervorgetreten, beklagte das angeblich „komplexe Genehmigungsverfahren“ und forderte gleiche Lärmschutzauflagen für militärische wie zivile Flughäfen. SPD-Landrat Künne wäre schon mit sicheren Übungsflügen, leiseren Flugzeugen und Lärmschutzhallen zufrieden.

Deshalb konnte der stellvertretende Ausschuss-Vorsitzende Hagemann (SPD) nach anfänglicher Aufgeregtheit auch „beruhigt“ feststellen, „der Ausbau selbst stehe nicht zur Debatte, das Ziel sei, einen Interessenausgleich zwischen den militärischen Belangen und der Belastung der Anwohner zu finden“ (zitiert aus der RHEINPFALZ vom 13.01.05).

Mit welchen Ergebnissen kann unter diesen Voraussetzungen – aber frühestens nach Beendigung der Ausbauarbeiten – gerechnet werden? Bestenfalls werden die Lärmschutzbereiche etwas ausgeweitet und mehr Betroffene erhalten Lärmschutzfenster oder eine „Außenbereichsentschädigung“, also ein Schweigegeld dafür, dass sie Fluglärm über ihren Gärten und Terrassen künftig klaglos hinnehmen.

Die Anzahl der Flüge und damit natürlich auch der Fluglärm werden zunehmen. Die schlechende Entwertung des Haus- und Grundbesitzes wird sich fortsetzen. Die US-Air Force wird weder auf JP-8 noch auf zusätzliche Schadstoffe in ihrem Treibstoff verzichten. Mit der Luftverschmutzung wachsen auch die Krankheitsrisiken für die Bevölkerung.

Es soll also alles so bleiben, wie die Amerikaner es gewollt und wie es die planenden, genehmigenden und die Ausführung überwachenden deutschen Militär- und Zivilbehörden vorgesehen haben.

Die Vertreter des Petitionsausschusses haben einen guten Job gemacht: Die Betroffenen waren froh, endlich einmal verständnisvoll angehört zu werden und können im Einzelfall vielleicht auf höhere Entschädigungszahlungen hoffen, wenn nach dem immer teurer werdenden Ausbau überhaupt noch Geld dafür vorhanden ist.

Ansonsten profitiert von dem eher trickreichen als „komplexen“ Verfahren auch weiterhin nur die US-Air Force, weil ihre Ausbauwünsche für Ramstein unverändert, ungestört und termingemäß realisiert werden. Die Herren Herzog, Beck, Struck und Schröder (alle SPD) und der grüne Herr Fischer können sich mit den Befürwortern aus anderen Parteien die Hände reiben. Wenn US-Präsident Bush demnächst zu Besuch nach Mainz kommt, können sie ihm seine im Rohbau fertige Air Base als Versöhnungsgeschenk präsentieren. Die Bevölkerung der Region Kaiserslautern zahlt täglich die Zeche und kann nur auf bessere Zeiten und einsichtigeren Politiker hoffen.

Zweierlei Maß beim OVG Koblenz

Das Koblenzer Oberverwaltungsgericht hat am 14.01.05 auf Antrag des BUND u. a. weitere Rodungsarbeiten auf dem Flughafen Hahn im Hunsrück vorläufig gestoppt. Der Sofortvollzug wurde ausgesetzt bis zur Entscheidung im Eilverfahren, um die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern.

Auf dem Flughafen Hahn sollen wegen der Verlängerung der Start- und Landebahn von 3.045 auf 3.800 Meter insgesamt 90 Hektar Wald gefällt werden. 60 Hektar bleiben durch die OVG-Entscheidung wenigstens vorläufig verschont.

Ganz anders hat sich das OVG bei der Air Base Ramstein verhalten. Hier werden für die Verlängerung einer Start- und Landebahn auf 2.400 Meter und den Neubau einer zweiten Bahn von 3.600 Meter Länge insgesamt 377,5 Hektar Wald und andere naturschutzrelevante Flächen zerstört.

Ende November 2003 bestätigte das OVG eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Neustadt, das einen Antrag des BUND auf sofortige Einstellung der Rodungsarbeiten abgelehnt hatte. Seither sind zwischen Ramstein und Kaiserslautern unzählige Bäume gefallen, und am 08.01.05 wurden weitere Rodungsarbeiten bei den Rhine Ordnance Barracks Kaiserslautern und im Munitionsdepot Weilerbach angekündigt. Hier werden täglich vollendete Tatsachen geschaffen.

Warum lässt das OVG den viel größeren Kahlschlag in unserer Region zu, wenn es gleichzeitig im Hunsrück Rodungsmaßnahmen viel kleineren Ausmaßes zumindest vorläufig verhindert?

Wussten Sie schon ...

welche Rechte der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat?

Zur Vorbereitung von Beschlüssen über Beschwerden nach Artikel 17 des Grundgesetzes haben die Bundesregierung und die Behörden des Bundes dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages Akten vorzulegen, Auskunft zu erteilen und Zutritt zu ihren Einrichtungen zu gestatten (§ 1, Gesetz über die Befugnisse des Petitionsausschusses ...).

Aber leider sind diese Rechte eingeschränkt:

Aktenvorlage, Auskunft sowie Zutritt zu Einrichtungen dürfen nur verweigert werden, wenn der Vorgang nach einem Gesetz geheimgehalten werden muss oder sonstige zwingende Geheimhaltungsgründe bestehen (§ 3/1 des o. g. Gesetzes).

Ach, iwwerischens ...

Dass die Amis jetz aa schon Deitsche zu Kaffeefahrde inlade, is nei. Wer wolld, hat sich telefonisch fer die „Erste Bürger-Info-Fahrt auf die Air Base Ramstein“ aamelde kenne. Awwer net ääfach so: „Ich hääss Rolf Müller un deed do gern metfahre.“ Die Amis wolle aa genau wisse, wo die indressierde Leit wohne, wann se gebor sinn un was ehr Personalausweis fer e Nummer hat.

Wer im geschlossene Bus metfahre derf, muss aa de Ausweis debei hann, sunschd kennt sich jo e getarnder Terrorischd inschleiche. Wann enner bei de Rundfahrd uffem Fluchplatz iwwer denne veele Beddong un die abbene Bääm es Maul uffreisse deet, wissden die Amis aa gleich, wo der Krageeler dehääm is.

Wer werd dann so bleed sinn, dass er sich fer denne Dorchennaner aus de Neeh anseugge, wo die Amis grad im Bruch aarichden, aa noch die Däärm zehle losst? Wie Schwerebrecher misse die Leit im Bus sitze bleiwe, wanner an de Fluchplatzbauschdelle haltmacht.

Awwer es werd schon e paar hartschlächische Dollbohrer gewwe. Die nemmen aa noch die neie Unveschämtheide hie, wo sich die Amis uff unserm eichene Bodde erlauwe un finnen grad alles richdisch, was in Ramschde bassiert. Wollemer wedde?

Wichtige Telefonnummern:

Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer	0800 / 8620730
Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein	06371 / 952655
Innenministerium RLP –Flugbetrieb	06131 / 163382
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz	06131 / 164700
Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin	01888 / 242424

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern